

Niedersächsischer Landtag

56. Sitzung

Hannover, den 22. Januar 2015

Erste Beratung:

Verlorenes Vertrauen zurückgewinnen – für ein erneutes Beteiligungsverfahren zum Landes-Raumordnungsprogramm

Antrag der Fraktion der CDU

Drs. 17/2711

Renate Geuter (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Realitätsfern, Herr Oesterhelweg, waren viele Aussagen in Ihrem Beitrag eben; denn sie zeigen, dass Sie die Diskussion der letzten Wochen und Monate gar nicht intensiv verfolgt haben. Den Beweis, dass Sie an einer sachlichen, konstruktiven Diskussion interessiert sind, sind Sie auch noch schuldig geblieben.

Das Landes-Raumordnungsprogramm ist Grundlage und Richtschnur für die räumliche Entwicklung unseres Landes. Leitziel dabei sind und bleiben der Erhalt und die Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen. Dazu koordiniert es auf Landesebene die unterschiedlichen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen. Das Landes-Raumordnungsprogramm als wesentliche Planungsgrundlage des Landes ist stets aktuell zu halten und bedarf einer laufenden Überprüfung sowohl im Hinblick auf die Anforderungen an die Siedlungsstruktur als auch auf den Schutz der natürlichen Ressourcen, den Klimaschutz, aber auch auf die Darstellung der Trassen und Standorte für die Verkehrs- und Versorgungsstruktur. Auch geänderte bundes- und europarechtliche Vorgaben und Anforderungen der Rechtsprechung müssen Berücksichtigung finden.

Daher war ein Landes-Raumordnungsprogramm bei jeder Neuauflage Gegenstand intensiver und konstruktiver Diskussion. Das wird auch in diesem Fall so sein.

Niedersachsen ist von einer sehr heterogenen Siedlungsstruktur, einer geologischen Vielfalt und einer sehr unterschiedlichen demografischen

Entwicklung geprägt. Es ist daher die große Herausforderung, diese uneinheitlichen Ausgangslagen, die unterschiedlichen Belange abzuwägen und einem möglichst viele Interessen berücksichtigenden Ergebnis zuzuführen.

Zum vorliegenden Entwurf des Landwirtschaftsministeriums hat es eine Vielzahl von Einwendungen, Anregungen und Hinweisen gegeben. Das ist gut und richtig so. Aber das ist auch bei allen bisherigen Verfahren nicht anders gewesen.

Bewährt hat sich die internetbasierte Form des Beteiligungsverfahrens zu diesem Verfahrensabschnitt.

Auf Wunsch der Betroffenen haben wir den Zeit-raum für die Abgabe von Stellungnahmen noch bis zum Jahresende 2014 verlängert.

So umfassende Beteiligungsmöglichkeiten wie hier hat es bisher in kaum einem anderen Verfahren gegeben.

Jetzt werden wir uns gründlich und mit der nötigen Sorgfalt mit allen eingegangenen Stellungnahmen auseinandersetzen und dabei die Einwände sehr ernst nehmen. Dies haben nicht nur die Vertreter der Landesregierung, sondern auch die Mitglieder der Regierungsfractionen bei den vielen Gesprächen, denen sie sich gestellt haben, immer wieder versprochen. Natürlich werden wir das auch halten.

Der Beitrag der Oppositionsfractionen beschränkte sich im Wesentlichen darauf - das haben wir heute auch erleben dürfen -, Horrorszenarien zu entwerfen, Unsicherheiten zu verbreiten und Ängste zu schüren. Diese Strategie mag Ihnen die eine oder andere Schlagzeile beschert haben, sie hilft aber in der Sache nicht wirklich weiter, und sie wird auch Ihnen letztlich nicht helfen.

Selbstverständlich stehen wir zu unserer Zusage, bei der Festlegung von Vorranggebieten für den Torferhalt und die Moorentwicklung die Gebietskulisse unter Berücksichtigung der vorliegenden Hin-weise noch einmal grundlegend und detailliert zu überprüfen und zu aktualisieren.

Wir nehmen auch die von den Kommunen vorgetragenen Sorgen sehr ernst. Deshalb werden wir uns intensiv dafür einsetzen, dass das endgültige zukünftige Landes-Raumordnungsprogramm differenzierte und passgenaue Lösungen der örtlichen Eigenentwicklung ermöglichen wird. Denn die kommunale Selbstverwaltung ist für uns ein sehr hohes Gut. Die meisten von uns sind auch in irgendwelchen Kommunalparlamenten.

Wir werden uns auch im Besonderen mit den Themen der einvernehmlich mit den Gemeinden abgestimmten Siedlungsentwicklungskonzepte und der

Konzentration der Entwicklung von Wohn- und Arbeitsstätten auf die Zentralen Orte beschäftigen.

Bei der Abgrenzung der Zentralen Orte durch sogenannte Erreichbarkeitsräume sind die tatsächlichen, über Jahre gewachsenen Strukturen stärker als bisher zu berücksichtigen. Das geben wir gerne zu. Aber gleichzeitig müssen wir auch die Vorgaben der Rechtsprechung beachten.

Entgegen der immer wieder von der Opposition aufgestellten Behauptung stelle ich eindeutig klar: Es wird keine Einschränkung der bestehenden landwirtschaftlichen Bewirtschaftung durch das Landes-Raumordnungsprogramm geben. Dabei ist für uns auch klar - das wird an dieser Stelle nicht zum ersten Mal bestätigt -, dass es nicht nur um den Status quo, sondern auch um die notwendige Entwicklung gehen wird. Ich erinnere da gerne noch einmal an das Gesprächsangebot des Landwirtschaftsministeriums und werbe dafür, dieses auch anzunehmen und ernst zu nehmen.

Eine Wiedervernässung von Moor kann es nur auf Landesflächen oder mit ausdrücklicher Zustimmung des Eigentümers geben. Das gilt auch für die Berücksichtigung der Nachbarschaftsinteressen. Eigentumsrechte sind unantastbar. Das haben wir nie infrage gestellt.

Der nächste Entwurf des Landes-Raumordnungs-programms wird - das ist nichts Neues - ein anderes Gesicht als der aktuelle haben. Auch dieser neue Entwurf wird mit allen Betroffenen, insbesondere auch mit den Kommunen, intensiv diskutiert werden.

Darüber hinaus wird es in den einzelnen Regionen nach der Abgabe der Stellungnahmen noch umfangreiche Erörterungstermine geben, bei denen ebenfalls die Möglichkeit besteht, sich mit Hinweisen und Anregungen zu beteiligen. Das ist übrigens auch das Verfahren, wie es beim letzten Landes-Raumordnungsprogramm unter den Ministern Grotelüschen und Lindemann gehandhabt wurde. Auch dort ist es unter Herrn Lindemann zu sehr erheblichen Veränderungen gekommen.

Auch im Rahmen der parlamentarischen Beteiligung des Landtags, der eine eigene Stellungnahme zum Landes-Raumordnungsprogramm erarbeitet, wird es Möglichkeiten zur Stellungnahme in Form von Anhörungen und Unterrichtungen geben.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Ihr Antrag ist so, wie er jetzt vorliegt, in erster Linie zu Effekthascherei geeignet. Wir greifen aber das Thema sehr gerne auf, weil wir einer Legendenbildung vorbeugen wollen, und werden im Landwirtschaftsausschuss konstruktiv und intensiv darüber diskutieren, in welcher Form wir die Betroffenen im weiteren Verfahren beteiligen, wie wir es

ihnen ermöglichen, Einwände zu erheben. Dazu wird es geeignete Formen geben. Das wird in einem transparenten Verfahren erfolgen. Da können die Betroffenen sicher sein.

Danke schön.